

Stellungnahme der Freien Wähler Albstadt zum Haushaltsentwurf 2023

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Konzelmann, Herr Erster Bürgermeister Hollauer, Herr Finanzbürgermeister Mall, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, meine Damen und Herren,

nach einer langen Phase wirtschaftlicher Stabilität verabschieden wir das dritte Jahr in Folge den Haushalt im Krisenmodus. Wir erleben eine beispiellose Kumulation an Krisen: Corona, Krieg und Klimawandel. Neben den Auswirkungen der Pandemie müssen wir uns diesmal auch mit den Folgen des Angriffskriegs in der Ukraine und der größten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit auseinandersetzen.

Ein „Glaskugelhaushalt“ wurde uns bereits bei der Klausurtagung im September prognostiziert. Angesichts der globalen Krise ist Planbarkeit schwieriger denn je. Unter äußerst unsicheren Rahmenbedingungen müssen die Kommunen ihre Haushalte aufstellen und bewirtschaften: kriegsbedingt steigende Preise, vor allem im Energie- und Baubereich, Inflation und absehbare Rezession setzen die öffentlichen Haushalte gerade auf kommunaler Ebene massiv unter Druck. So hatten Sie, Herr Finanzbürgermeister Mall, in Ihrer Stellungnahme zum vorliegenden Haushaltsentwurf darauf hingewiesen, dass „...in der aktuellen Situation die kommenden Haushalte ohne Neuverschuldung nicht realisierbar...“ sein werden und zur „...Finanzierung der Investitionen deutlich höhere Kreditaufnahmen notwendig sind“. Der geschätzte Schuldenstand zum Ende des Finanzplanungszeitraums 2026 wird mit rund 60 Mio. Euro angegeben. Das Schreckgespenst der Haushaltskonsolidierung geht wieder um.

Auf der anderen Seite haben die Herausforderungen der vergangenen Jahre gezeigt, wie wichtig eine funktionierende Infrastruktur vor Ort ist. In diesem Spannungsfeld müssen wir noch kritischer entscheiden, welche Investitionsschwerpunkte wir setzen.

Als Flächenstadt mit über 200 städtischen Gebäuden trifft uns die Energiekrise und der damit verbundene Anstieg der Kosten für Strom, Gas, Heizöl und Pellets ganz besonders. Die aktuelle Situation macht uns bewusst, in welchem Maß wir bisher Energie vergeudet haben und wie abhängig wir von Technik und Ressourcen sind. So ist die Krise Herausforderung, aber auch Chance, die Energiewende zu beschleunigen, wie die jüngeren Generationen dies immer verzweifelter einfordern. Energetische Sanierung und Umstieg auf erneuerbare Energien müssen nicht nur aus finanzieller, sondern vor allem auch aus ökologischer Verantwortung heraus äußerste Priorität haben.

Unsere Fraktion begrüßt aber, dass trotz Sparzwang nach wie vor ein Schwimmbad in Albstadt offen bleibt, damit Schul- und Vereinsschwimmen möglich ist.

Zum Klimaschutz gehört auch die Optimierung des ÖPNVs. Für Albstadt steht die Reaktivierung der Talgambahn mit dem Ziel der Elektrifizierung der Zollernbahn an erster Stelle.

Neben Investitionen in den Klimaschutz liegt unser Schwerpunkt nach wie vor im Bildungsbereich. So sind bis 2026 für Schulen, Kitas und Sporthallen insgesamt 57 Mio Euro eingeplant. Die Kostensteigerung im Schulzentrum Lammerberg hat uns vor Augen geführt, dass wir uns von Anfang an Gedanken über Standards machen sollten und eine transparente Budgetkontrolle einfordern müssen. Nur so können wir die anstehenden Aufgaben verantwortungsvoll angehen. Und diese lassen sich von der Krise nicht beeindrucken: bei der Fortschreibung der Kitabedarfsplanung kann aus der – erfreulicherweise- zunehmenden Zahl der Kinder gefolgert werden, dass auch im schulischen Bereich der Platzbedarf steigen wird. Dazu kommt der Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung ab Klasse 1 von August 2026 an. Trotz aller Investitionen im Kitabereich übersteigt die Nachfrage das Angebot. Wir Freie Wähler freuen uns, dass nach dem Erwerb des Grundstücks in der Schwabstraße in Onstmettingen mit der Planung einer zentralen Kita begonnen werden kann. Der Platz ist ideal, da durch die Nähe zur Grundschule Kooperationen und Synergieeffekte möglich sind. Parallel muss auch kurzfristig durch Umnutzung von Bestandsgebäuden gehandelt werden. So könnte die leerstehende Wohnung in der Kita Pfeffingen schnell umgewidmet und für eine weitere Gruppe genutzt werden.

Investitionsstau holt uns auch bei den Hallen ein. Vor allem für Schul- und Vereinssport besteht dringender Handlungsbedarf. Auch wenn die Erstellung einer Kultur- und Versammlungshalle angesichts der wirtschaftlichen Prognosen in weite Ferne rückt, müssen wir uns rechtzeitig Gedanken machen, wo und in welcher Form diese einmal entstehen könnte, damit unsere kulturtreibenden Vereine eine Perspektive haben und auch die Möglichkeit geschaffen wird, Versammlungs- und Tagungsräume für Firmen, Vereine und nicht zuletzt die Hochschule anbieten zu können. Auch hier gilt, dass offen und unpopulär benannt werden muss, dass liebgewonnene Räumlichkeiten aufgegeben werden müssen, auch wenn sie unbestritten Charme und Alleinstellungsmerkmale aufweisen.

Ein wichtiger Standortfaktor, gerade in Zeiten des Fachkräftemangels, ist eine attraktive Innenstadt. Nach dem Umbau der Neuen Mitte in Tailfingen und dem Beginn der Sanierungsmaßnahmen in Truchteltingen soll nun die Ebinger City im Mittelpunkt stehen. Gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern sollen Antworten auf die Frage gefunden werden, welche Faktoren dazu beitragen, dass man sich in unserer Stadt gerne aufhält und sich begegnet – dort wohnt, ins Restaurant oder zum Einkaufen geht. Auch für die einzelnen Stadteile sollte überlegt werden, wo Quartiere und Begegnungsstätte entstehen und weiterentwickelt werden können, und zwar für junge und alte Menschen mit und ohne Einschränkungen. Die Stadt kann Rahmenbedingungen schaffen. Letztendlich liegt es aber an jedem Einzelnen von uns, dass wir unseren Einzelhandel und die örtliche Gastronomie schätzen und nutzen, denn nur so werden wir den Vorteil von eigentümergeführten Läden vor Ort erhalten können.

Aber der Ausbau von Standortfaktoren hilft wenig, wenn wichtige Elemente der Daseinsvorsorge nur eingeschränkt vorhanden sind. Gerade in den Jahren der Pandemie, oder jetzt aktuell bei der angespannten Situation in den Kinderkliniken, ist deutlich geworden, wie wichtig eine wohnortnahe, umfassende medizinische Versorgung ist, auf die wir Freien Wähler seit Jahren hinweisen. Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung gerade im ländlichen Raum setzt ein modernes Zentralklinikum voraus, da nur so auch die Versorgung im ambulanten Bereich gewährleistet werden kann. Praxen werden häufig von Ärztinnen und Ärzten übernommen, die zuvor im Zollernalbklinikum gearbeitet haben.

Nicht nur das Investitionsvolumen von rund 35 Mio Euro wird den kommenden Haushalt belasten. Auch die Personalkosten werden um 4,8% auf rund 43 Mio Euro ansteigen. 14 Stellen entfallen dabei auf den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung, auf schulische Aufgaben, Jugend- und Sozialarbeit sowie den Pflegestützpunkt. Dass unser Gremium heute aller Voraussicht nach trotz Sparzwang der Schaffung der Stelle für Museumspädagogik zustimmen wird, zeigt den fraktionsübergreifenden Konsens im Bereich Bildung und Kinder- und Jugendarbeit.

Manche von uns haben noch die schwierige Zeit der Haushaltskonsolidierung in Erinnerung, in der der Rotstift gnadenlos angesetzt werden musste, und gleichzeitig viele Strukturen aufgelöst und zerschlagen wurden. Aus dieser Erfahrung heraus müssen wir rechtzeitig auf den Prüfstand stellen, in welchen Bereichen Angebote und Leistungen optimiert oder reduziert werden können, damit wir noch agieren und nicht nur reagieren oder konsolidieren müssen. Überschneidungen und Kooperationsmöglichkeiten sehen wir beispielsweise im Bereich Event- und Citymanagement und Wirtschaftsförderung.

Herr Hollauer, Ihre Aussage, dass die Baukosten im Kita-Bereich mittlerweile bei 1,4 Mio Euro pro Gruppe liegen, hat uns angesichts der anstehenden Investitionen in diesem Bereich schockiert. Neben der Ausgabenseite sind wir daher noch mehr verpflichtet, auch die Entwicklung der Einnahmen im Blick zu haben. Das Gesamtsteueraufkommen im vorliegenden Entwurf wird mit rund 70 Mio Euro beziffert. Steuer- und Gebührenerhöhungen müssen gerade in schwierigen Zeiten gleichmäßig verteilt und begründet werden und dürfen nicht nur auf die Anpassung der Kitagebühren begrenzt sein. Um die Eigenfinanzierungskraft zu sichern, schlägt die Verwaltung eine Erhöhung der Vergnügungssteuer um 2% Punkte auf 25% vor. Wir Freie Wähler stimmen dieser Erhöhung zu und erhoffen uns damit gleichzeitig eine Steuerungsfunktion bei der Eindämmung von Spielhallen in unserer Stadt.

Mit einem langfristig angelegten Masterplan wird die zielgerichtete Weiterentwicklung des Wirtschafts- und Standortfaktors Tourismus angestrebt. Die Traufgänge sind inzwischen zu einem überregionalen Markenzeichen geworden. Nun gilt es, die entsprechende Infrastruktur wie Parkplätze weiter auszubauen. Mit der Einführung einer Übernachtungssteuer zum Juli kommenden Jahres wird im Zeitraum 2023 bis 2026 mit Einnahmen von rund 1,5 Mio Euro gerechnet.

Zu den wichtigsten Steuereinnahmearten der Stadt zählt die Gewerbesteuer. Für den zu niedrigen Hebesatz bei der Gewerbesteuer wurde Albstadt in den vergangenen Jahrzehnten abgestraft, indem es keine Zahlungen aus dem Ausgleichsstock des Landes erhielt. Durch die Anpassung des Hebesatzes um 10 Prozentpunkte im letzten Haushalt – damit haben wir übrigens immer noch einen der niedrigsten Sätze- wurde nun der Förderantrag auf Investitionshilfe von 200 000 Euro für den Waldkindergarten „Kreuzbühl“ bewilligt. Zukünftig können wir es uns noch weniger leisten, auf solche Einnahmen zu verzichten, wenn wir einen generationengerechten Haushalt anstreben wollen. Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Weiterentwicklung einer attraktiven Innenstadt, der schnelle Ausbau der Digitalisierung und eine bessere Verkehrsanbindung durch die Elektrifizierung der Zollernbahn sind nur einige Beispiele, wie unsere Stadt durch die Stärkung von Standortfaktoren dem Fachkräftemangel entgegenwirken und so den Wirtschaftsstandort Albstadt stärken möchte. Wir wissen, dass wir damit elementare Forderungen der mittelständischen Unternehmerinnen und Unternehmern aufgreifen und danken diesen an dieser Stelle für ihren Einsatz und ihre Innovationsbereitschaft gerade in diesen herausfordernden Zeiten.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns warm anziehen, die Angst vor Kälte ist zurück. Statt Klopapier sind nun Heizlüfter ausverkauft und wir müssen uns seit Monaten mit Bedrohungen und Herausforderungen auseinandersetzen, die bis vor kurzem buchstäblich unvorstellbar waren: Krieg in Europa, Menschen flüchten aus der Ukraine, Wirtschaftskrise und galoppierende Energiekosten. Wir sollen uns auf Szenarien vorbereiten, die seit den beiden Weltkriegen nicht mehr präsent waren: Notfallalarm, Gasmangellage und Blackout. Die Stadt richtet Wärmeinseln und Notfalltreffpunkte ein, um auf den Katastrophenfall vorbereitet zu sein.

Lässt uns dieser Winter weiter zusammenrücken? Die Demokratie und unsere Solidarität werden erneut herausgefordert und wir müssen alles tun, damit die Gesellschaft nicht weiter auseinanderdriftet. Deshalb müssen wir vor allem die im Blick haben, die unter den wirtschaftlichen Folgen besonders zu leiden haben: Kinder und Jugendliche, denen schon der Rückzug in der Pandemie stark zugesetzt hat. Menschen, die die steigenden Kosten für Lebensmittel und Energie nicht mehr aufbringen können. Die Schlangen vor den Tafelläden sind ein Indikator für die wachsende Not. Menschen, die sich durch die Krisensituation der vergangenen Jahre abgehängt fühlen und Anerkennung und Sicherheit bei Gruppierungen suchen, die auf die Herausforderungen einfache Antworten und Schuldzuweisungen anbieten.

Nach dieser Krise wird es kein „Weiter so“ geben. Die Kosten für Energie und Rohstoffe werden hoch bleiben, so dass wir unsere Infrastruktur reduzieren und Folgekosten noch genauer berechnen müssen. Unpopuläre Maßnahmen und Entscheidungen müssen wir transparent machen und Kritik aushalten. „Zeitenwende“ ist das Wort des Jahres 2022 und soll signalisieren, dass sich die Wirtschafts- und Energiepolitik als Folge des Angriffskriegs in der Ukraine neu ausrichten muss. Das kann auch eine große Chance sein. Wir dürfen nicht zulassen, dass Angst und Sorge das Ruder übernehmen und – um Strom zu sparen- das Licht am Ende des Tunnels abgeschaltet wird. Es gab und gibt in diesem Jahr auch viele Lichtblicke, die Mut machen und die wir in den Vordergrund stellen sollten: Viele Menschen in

unserer Stadt haben sich ehrenamtlich als Paten für Flüchtlinge aus der Ukraine gemeldet, haben bei der Integration in Kitas, Schulen und Arbeitsverhältnisse geholfen. Und wieder sind es unsere Vereine, die eine zentrale Integrationsfunktion haben. Diese Willkommenskultur sollten wir aufgreifen und in unserer Stadt weiter ausbauen – für alle Neubürgerinnen und Neubürger, mit und ohne Migrationshintergrund.

Frau Wild, Ihr Start als neue Stadtkämmerin war kein leichter. Wir danken Ihnen und Ihrem Team für die ausführlichen und offenen Erläuterungen des vorliegenden Haushalts.

Herr Oberbürgermeister Konzelmann, Herr Erster Bürgermeister Hollauer, Herr Finanzbürgermeister Mall, Ihnen möchten wir stellvertretend für die Arbeit und das Engagement danken, die alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung wiederum unter schwierigen Bedingungen geleistet haben.

Der vorliegende Haushaltsentwurf erfordert von uns allen eine große Kompromissbereitschaft und Mut zu Priorisierung angesichts der gestiegenen Kosten und noch anstehenden Aufgaben. Gerade aber in Zeiten großer Verunsicherung müssen Entscheidungen getroffen und Verantwortung übernommen werden. Die Fraktion der Freien Wähler wird dem Entwurf daher zustimmen.

Schließen möchte ich mit einem Zitat der Politökonomin und Nachhaltigkeitsexpertin Maja Göbel zum Begriff „Vermögen“: „Vermögen ist für mich ein Verb: Wer vermag was zu tun?“ Wenn wir uns an übergeordneten Zielen und nicht an Wählerstimmen orientieren und Perspektiven und Potentiale gemeinsam entwickeln und umsetzen, können wir die Krise als Chance nutzen.

Es gilt das gesprochene Wort.